

14.05.2013

Entschließungsantrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zum Antrag der Fraktion der FDP
Nordrhein-Westfalen setzt ein Zeichen gegen Offshore-Finanzplätze – Geschäfte von
Landesbeteiligungen und Institutionen in Steueroasen unterlassen Drs. 16/2886**

Steueroasen für alle trocken legen!

I.

Von der FDP wurde in mehreren Zeitungsartikeln, einer Pressemitteilung, einer Kleinen Anfrage und auch mit dem Antrag Drs. 16/2886 versucht den Eindruck zu erwecken, dass der Finanzminister Norbert Walter-Borjans Aktivitäten in so genannten „Steueroasen“ bei der WestLB und deren Nachfolger Portigon geduldet hätte.

Dabei wurde verschwiegen, dass seit dem Amtsantritt des Finanzministers und der rot-grünen Landesregierung alle Finanzaktivitäten von Auslandstöchtern der ehemaligen WestLB und der Portigon abgewickelt werden, ein Verkauf vorgenommen oder vorbereitet wurde. Dies gilt bspw. auch für die von der FDP kritisierte Tochter auf den Caymans. Die Forderung der FDP nach einer Einstellung der Geschäfte kommt also deutlich zu spät. Eine erste Aufklärung gegenüber dem Landtag über die Gründe für die Etablierung von Tochtergesellschaften der West LB erfolgte bereits im Haushalts- und Finanzausschuss. Weitere Informationen wurden vom Vorstand der Portigon AG und durch den Finanzminister zugesichert.

Die von der FDP kritisierten Auslandstöchter sind allerdings schon zum Teil vor mehr als 20 Jahren und mehr gegründet worden und bestanden alle auch schon in der Zeit der schwarz-gelben Landesregierung von 2005-2010, ohne dass die nun kritisierten Auslandsgeschäfte beendet wurden. Der Fraktionsvorsitzende der FDP Christian Lindner erklärte dazu in seiner Pressemitteilung vom 07.05.2013: „Eine öffentlich-rechtliche Bank hat in Steueroasen prinzipiell nichts verloren.“ Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass nun auch die FDP geschäftliche Aktivitäten in Steueroasen kritisch sieht, nicht nachvollziehbar ist allerdings warum dies nur für öffentlich-rechtliche Banken gelten soll.

Noch weniger nachvollziehbar ist allerdings, dass die CDU und FDP in der Bundesregierung bislang keine wirklichen Anstrengungen unternommen haben, um die so genannten "Steueroasen" trocken zulegen. Selbst der hessische Finanzminister Schäfer hat dem Bundesfi-

Datum des Originals: 14.05.2013/Ausgegeben: 14.05.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

nanzminister Wolfgang Schäuble via Brief sogar ein zu lasches Vorgehen gegen Steuerdumping attestiert.

Zwar wurden von der Bundesregierung Doppelbesteuerungsabkommen mit Ländern wie den Cayman Islands oder auch den Britischen Jungferninseln abgeschlossen, aber ohne einen automatischen Informationsaustausch, der eines der wirksamsten Mittel gegen Steuerhinterziehung auf internationaler Ebene ist. Für Auskunftersuchen und einen Informationsaustausch bestehen zu hohe Hürden.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Maßnahmen zur Steuerhinterziehung eigener Einkünfte und Unterstützungsleistungen für Kunden zur Steuerhinterziehung, egal ob in oder außerhalb von „Steuerparadiesen“, sind grundsätzlich bei allen Banken zu verurteilen. Dies gilt sowohl für öffentliche, als auch für private Banken.
2. Alle Finanzaktivitäten der ehemaligen WestLB befinden sich in der Abwicklung, wurden oder werden durch die Portigon AG verkauft. Neugeschäfte werden nicht mehr getätigt.
3. Der Verkauf oder die Abwicklung der Portigon AG als Nachfolger einer internationalen Großbank, ohne Verwerfungen auf den Finanzmärkten, ist eine bislang beispiellose Herausforderung für alle beteiligten Akteure. Der Landtag hat ein hohes Interesse an einem erfolgreichen Verkauf. Mediale Kampagnen auf Grundlage unbewiesener und zum großen Teil widerlegter Behauptungen gegen die Portigon AG bzw. die ehemalige WestLB zu starten, bevor eine parlamentarische Aufklärung überhaupt möglich ist, sind weder für diesen Verkaufsprozess noch für eine sachgerechte Aufklärung der kritisierten Aktivitäten der ehemaligen WestLB, wie sie bspw. im parlamentarischen Untersuchungsausschuss angestrebt wird, hilfreich. Der Vorstand der Portigon AG betonte gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuss noch einmal ausdrücklich, dass solche Kampagnen die Chancen auf die Akquise von Drittgeschäften verschlechtern und somit dem Interesse der Beschäftigten und des Landes schaden.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. die Bekämpfung von Steuerhinterziehung weiter energisch voranzutreiben
2. Durch den Bundesrat weiter Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese Doppelbesteuerungsabkommen mit Staaten auf der schwarzen Liste der OECD auf der Basis eines automatischen Informationsaustausches vorantreibt und auch international endlich entschieden gegen Steuerdumping vorzugehen
3. Den Umbau und Verkauf der Portigon AG inklusive ihrer Auslandstöchter weiter fortzusetzen

Norbert Römer
Marc Herter
Martin Börschel
Stefan Zimkeit

und Fraktion

Reiner Priggen
Sigrid Beer
Mehrddad Mostofizadeh
Mario Krüger

und Fraktion